

groß ausgebaute wirtschaftliche Zusammenarbeit (auf amerikanischer Seite gepaart mit protektionistischen Maßnahmen besonders gegenüber der aggressiven japanischen Handelspolitik)<sup>56</sup>).

Die hier skizzierte Entwicklung hätte zur Folge, daß das Ende vom abermaligen Aufstieg der früheren Achsenmächte eingeleitet wäre. Im Grunde scheint es heute um die Frage zu gehen, ob die Bundesrepublik und Japan ihren Bogen gegenüber den USA und der UdSSR nicht schon überspannt haben. Für den Fall, daß das in Washington und Moskau (und auch in Paris, London und Peking) noch nicht so empfunden wird, bleibt beiden Staaten als vernünftige Alternative nur das Anerkennen der Notwendigkeit einer wie immer gearteten internationalen Kontrolle (die Selbstkontrolle wird nicht ausreichen) ihrer „politischen Klasse“. Diese Politik könnte dann für sie die Möglichkeit bieten, eine mittleren Mächten entsprechende Verantwortung in der Weltgemeinschaft zu übernehmen.

## **Das Scheitern einer Reform ohne Demokratie**

### **Hintergründe der chinesischen Protestbewegung**

Von Guan Jian

*In der Nacht vom 3. zum 4. Juni 1989 richteten Einheiten der chinesischen „Volksbefreiungsarmee“ unter den auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tiananmen-Platz) für Demokratie und Freiheit demonstrierenden Studenten und Bürgern der Hauptstadt ein Blutbad an: annähernd 3000 Menschen, so westliche Quellen, wurden erschossen oder von Panzern überrollt. Der brutale Militäreinsatz führte zu Protesten aus zahlreichen Ländern: „Eine Macht, die,*

56) Die Amerikaner und Russen könnten demnächst Freunde werden, meinte kürzlich Ex-Präsident Richard Nixon (vgl. ders., American Foreign Policy: The Bush Agenda, in: „Foreign Affairs“, Winter 1988/89, S. 199–219, hier S. 219). Zur schon seit Jahrzehnten kontinuierlichen Rüstungskontrollpolitik der USA und der UdSSR vgl. John H. McNeill, US-USSR Nuclear Arms Negotiations – The Process and the Lawyer, in: „American Journal of International Law“, 1/1985. Zur Frage der Beständigkeit der derzeitigen amerikanischen sowjetischen Beziehungen vgl. Phil Williams, US-Soviet relations: beyond the Cold War?, in: „International Affairs“, 2/1989. Aufschlußreich für die jetzige US-Außenpolitik ist auch ein Artikel von Kissinger/Vance. An Agenda for 1989, in: „Newsweek“, 6. 6. 1988, S. 17–20, ebenso die Studie „Discriminate Deterrence“ von Iklé/Wohlstetter, Washington Januar 1988.

nach den Erfahrungen dieses Jahrhunderts und während sich in aller Welt Hoffnungen auf neue Vereinbarungen und auf einen stabileren Frieden verbreiten, auf Waffen zurückgreift, kann nicht überdauern“, kommentierte „L'Unità“, die Zeitung der Italienischen Kommunistischen Partei. (Einen vom studentischen Dachverband der Bundesrepublik, vds, initiierten Protestaufruf dokumentieren wir unten.)

Die wochenlangen Studentendemonstrationen, unterstützt von anderen Bevölkerungsgruppen, hatten am 17. April 1989, zwei Tage nach dem Tod des ehemaligen, als reformorientiert geltenden KP-Generalsekretärs Hu Yaobang begonnen und zunächst keine offiziellen Reaktionen erfahren. Am 16. Mai erklärte der (nach westlichen Berichten inzwischen abgesetzte) Generalsekretär Zhao Ziyang, daß auf die studentischen Forderungen eingegangen werde. Am 20. Mai, zwei Wochen vor dem Massaker, wurde der Ausnahmezustand über mehrere Stadtbezirke Pekings verhängt. Nicht nur die Chronologie der Ereignisse deutet auf eine tiefe, lange Zeit paralyisierend wirkende Spaltung innerhalb der chinesischen Staats- und Parteiführung hin.

Nachdem es dem konservativen Teil der chinesischen Führung gelungen war, nach mehreren Tagen die Lage mit militärischen Mitteln unter Kontrolle zu bringen, begann eine das ganze Land erfassende Verhaftungswelle, begleitet von propagandistischen Anstrengungen, die Geschehnisse vom 3./4. Juni, was deren Anlaß, den Ablauf und die Opfer anbelangt, umzudeuten. Im Gegensatz zu allen Berichten über die Friedfertigkeit und Diszipliniertheit der Demonstrationen wurde das militärische Vorgehen mit Hinweis auf den „konterrevolutionären Aufruhr“ einer „extremen Minderheit“ gerechtfertigt, dessen Ziel der Sturz der Regierung und die Beseitigung der sozialistischen Ordnung gewesen sei (vgl. den Brief des ZK der KP Chinas, in Auszügen abgedruckt im vorliegenden Heft). Eine Legende soll konstruiert werden – während zur gleichen Zeit andernorts ähnliche, zum Teil jahrzehntealte Geschichtslagen revidiert werden.

Der nachstehende Beitrag wurde vor der gewaltsamen Räumung des Tiananmenplatzes fertiggestellt. Er bietet, auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wichtige Hintergrundinformationen zum Verlauf des zehnjährigen, jetzt unterbrochenen chinesischen Reformprozesses, zu Erfolgen und Defiziten der Reformen und zu aufgestauten Konfliktpotentialen, wie sie sich in der Demonstration von mehr als einer Million Menschen in Peking am 17. Mai dieses Jahres artikulierten. Der Autor bedient sich eines Pseudonyms; er will nach Abschluß seines Studienaufenthaltes in der Bundesrepublik nach China zurückkehren.  
D. Red.

Hunderttausende chinesische Studenten verließen den Elfenbeinturm und riefen auf der Straße nach mehr Demokratie und Freiheit, forderten die Beseitigung der Korruption, bestanden auf einem „gleichberechtigten Dialog“ mit der Regierung und verlangten den Rücktritt einiger Spitzenpolitiker. Die stu-

dentischen Forderungen schienen bei der Bevölkerung einen guten Resonanzboden zu finden. Der Besuch von Michail Gorbatschow in Peking, der die seit mehr als 20 Jahren bestehende Feindseligkeit zwischen den beiden großen sozialistischen Ländern beendete und die Normalisierung der Beziehungen brachte, stand im Schatten der Studentenbewegung. Die Studentendemonstrationen haben ähnliche Aktionen im Jahre 1986 an Dauer und Intensität bei weitem übertroffen. Und sie haben die Aufmerksamkeit der gesamten Welt auf China gelenkt.

Im Vergleich zu den ersten 30 Jahren der Volksrepublik geht es den Chinesen heute sichtbar besser. Warum also der große Zorn, der sich offenbar nicht besänftigen läßt? Was ist die Ursache der paradoxen Erscheinung, daß „die Leute aus ihrer Schüssel Fleisch essen, aber gleichzeitig Schimpfworte ausstoßen“? Warum wurde Deng Xiaoping eine der Zielscheiben studentischer Kritik, der Held der Tiananmenplatz-Demonstration von 1976, die sich gegen die damals noch an der Macht befindliche „Viererbande“ richtete und bei der er für eine grundlegende Modernisierung des Landes plädierte? Schließlich ist er derjenige Politiker, der die Reformen in China in Gang gebracht hat.

Welche Probleme haben also zu den Demonstrationen geführt oder stehen in einem indirekten Zusammenhang zu den Protesten? Um diese Fragen zu beantworten, ist ein Rückblick auf den inzwischen zehnjährigen Reformprozeß in China notwendig.

#### *„Die Katze, die Ratten fangen kann“: Reformen in Wirtschaft und Politik*

Die Ära Mao Zedong ging nicht unmittelbar mit dessen Tod im Jahre 1976 zu Ende, sondern erst zwei Jahre später. Die 3. Plenarsitzung des vom 11. Parteitag der KP Chinas gewählten Zentralkomitees stand am Beginn einer neuen Epoche: der Epoche der Reform. „Der Klassenkampf als das Hauptkettenglied aller Arbeit“ – dieses orthodoxe Grundprinzip gehörte von da an zur Vergangenheit. Man wollte die „linken“ geistigen Fesseln abschütteln und den Schwerpunkt fortan auf die sozialistische Modernisierung des Landes legen. Daß die Volkswirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs geraten war und die nationale Produktion weit unten auf der Weltrangliste rangierte, war Anlaß für die Sorge, den Anschluß an die internationale Entwicklung zu verlieren. Mit dem berühmten Satz „Eine Katze, egal ob weiß oder schwarz, gilt als gut, wenn sie Ratten fangen kann“ plädierte der „Chefkonstrukteur des großen Reformprojekts“ Deng Xiaoping für die Befreiung vom Dogmatismus. Eine Politik, gleich unter welchem „...ismus“-Etikett, schien erstrebenswert, wenn sie Erfolg bei den Bemühungen versprach, den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen.

China ist nach wie vor ein Land der Bauern, die 80% der Bevölkerung stellen. Und auf dem Land begann die Wirtschaftsreform. Der erste, damals revolutionär erscheinende Schritt bestand in der Reprivatisierung der Landwirtschaft

### **VDS-Protestaufruf gegen den Massenmord in China (Wortlaut)**

Der Massenmord der chinesischen Machthaber an ihrem friedlich demonstrierenden Volk erfüllt uns mit tiefer Trauer und Wut. Über 3000 Tote, mehr als 10 000 Verletzte sind die bisherige Bilanz einer Politik, der es um Machterhalt um jeden Preis geht. Wir sind voller Entsetzen über eine Regierung, die sich kommunistisch nennt und auf dem Platz des himmlischen Friedens vor der großen Halle des Volkes wohlkalkuliert genau dieses Volk unter Panzerketten niederwalzen und erschießen läßt. Und trotzdem: Wir wissen, daß sich auch in China die Bewegung für Demokratisierung und gesellschaftlichen Fortschritt nicht aufhalten lassen wird. Den für eine radikale Demokratisierung kämpfenden Menschen in China gilt unsere vollständige Solidarität.

Wir halten es für empörend und für einen unerträglichen Zynismus, wenn in Erklärungen das brutale Vorgehen der Führung der „Kommunistischen Partei Chinas“ durch einen Verweis auf eine angebliche Konterrevolution gerechtfertigt werden soll. Es kann keine Rechtfertigung des Massenmordes geben.

Verlogen finden wir allerdings auch die Stellungnahmen von Politikern und Organisationen, die ansonsten zu Morden und Repressionen, wie zum Beispiel in Südafrika oder Chile schweigen. Menschenrechte sind unteilbar.

Wir trauern um unsere in Peking ermordeten Kommilitoninnen und Kommilitonen, unsere Solidarität gilt dem chinesischen Volk. Die Vereinigten Deutschen StudentInnenschaften, der Dachverband der ASten in der Bundesrepublik, ruft die Studentinnen und Studenten an allen Hochschulen zu bundesweiten Protestaktionen auf und wird sich für eine breite Solidaritätsbewegung einsetzen.

Jürgen Hillesheim, Werner Schmitt, Anja Maschinsky, Pascal Beucker (Mitglieder des Koordinierungsausschuß der Vereinigten deutschen StudentInnenschaften/VDS), AStA KFH Aachen, AStA FH Niederrhein, AStA Uni Bremen, Studentenrat Uni Bremen, AStA GH Wuppertal, StuPa und AStA GH Duisburg, AStA Uni Bonn, AStA FH Münster, Fachschaftenkonferenz Uni Münster, AStA Uni Düsseldorf, FHS Ludwigshafen, BundesschülerInnenvertretung, Jungsozialisten-Hochschulgruppen, Radikaldemokratische StudentInnengruppen, Marxistischer StudentInnenbund Spartakus, Jungdemokraten, Jungsozialisten in der SPD, Sozialistische deutsche Arbeiterjugend, Bundesarbeitsgemeinschaft Hochschule der Grünen.

und der Auflösung der Volkskommunen, großer Wirtschafts- und Verwaltungskomplexe mit einem hohen Grad an Gemeineigentum. Mit dem Boden erhielten die Bauern zugleich das Recht zu entscheiden, was produziert werden soll. Der staatliche Ankauf von landwirtschaftlichen Produkten wurde reduziert und die Preise wurden mehrfach heraufgesetzt, alles Maßnahmen, um individuelle Initiativen der Bauern zu fördern.

Während anfangs der Getreideertrag deutlich stieg, stagniert er in den letzten drei Jahren, was heftige Debatten auslöste. Die Erhöhung der Preise von Produktionsmitteln und der relativ niedrige Preis von Grundagrарprodukten haben dazu geführt, daß sich immer mehr Bauern dem Anbau von Obst oder der Gewinnung von Meeres- oder Binnengewässerprodukten zuwenden, was mehr Gewinn verspricht als der Anbau von Getreide und Baumwolle, Erzeugnissen, deren Preise nicht frei festgesetzt werden dürfen.

Eine empirische Untersuchung zeigt, daß die Bauern mit der Reform im großen und ganzen zufrieden sind: „Der Unterschied zwischen dem Leben heute und dem vor zehn Jahren ist der zwischen Himmel und Erde.“ Sie beklagen aber gleichzeitig, daß die Gewinne als Folge der Inflation immer mehr zurückgehen (Pekinger „Volkszeitung“, Auslandsausgabe [VZ], 1. 11. 1988).

Ermutigt durch die anfänglichen Erfolge auf dem Land wurden Reformen auch in anderen Wirtschaftsbereichen forciert. Die wichtigsten Veränderungen:

– Neben die Planwirtschaft trat die Warenwirtschaft. Durch Reformen auf den Gebieten Planung, Finanzen, Steuererhebung, Preisgestaltung und Handel wurde der Versuch unternommen, die Anzahl der direkt entsprechend dem staatlichen Plan produzierten Industriegüter zu reduzieren und so schrittweise ein neues Wirtschaftsmodell zu etablieren, in dem „der Staat den Markt regulieren und der Markt die Betriebe leiten“ sollte.

– Vor allem die private Wirtschaft hat im Zuge des Reformprozesses einen stürmischen Aufschwung genommen. Was noch vor wenigen Jahren unvorstellbar war, ist heute eine normale Erscheinung: es existieren hunderttausende privater Unternehmen, unter ihnen solche, die mehr als tausend Lohnarbeiter beschäftigen (VZ, 7. 10. 1988). Einer der neuen Reichen ist Jiang Yuanchen; bis 1979 noch Gelegenheitsarbeiter in der Stadt Yantai, besitzt er heute ein fixes Vermögen von über einer Million Yuan, das sich jährlich um einige hunderttausend Yuan Gewinn vermehrt (VZ, 5. 11. 1988).

– In vielen volkseigenen Betrieben können die Direktoren bis zu einem gewissen Grade selbständig die Leitlinien der Produktion entscheiden. Durch „vertragliche Verpflichtung“ über Arbeitsleistungen, „Vermietung der Betriebe“, durch die Einführung von „Aktiensystemen“ und die Versteigerung von kleinen Betrieben mit geringer Effizienz sollen die Produktionsleistungen erhöht werden.

– Die Pluralisierung der Produktion und der Verteilung hat zu einer Diversifizierung der Einnahmen geführt, die sich nicht mehr allein auf Lohn oder Gehalt beschränken. Hinzugekommen sind Extraeinnahmen in Form von Prämien, Aktien und „Risikozuschlägen“ für diejenigen, die einen Betrieb gemietet haben oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen für die Effizienz eines Betriebes verantwortlich sind.

– Große Anstrengungen wurden darauf verwandt, die „eiserne Eßschüssel“ zu zerschlagen, d. h. das alte Beschäftigungssystem vornehmlich in drei Bereichen zu verändern: soziale Sicherungen vor allem gegen Arbeitslosigkeit wurden teilweise beseitigt, das bisherige System der Zuweisung von Arbeitsplätzen wurde versuchsweise durch Auswahlverfahren ersetzt, in denen Stellenbewerber miteinander konkurrieren, Formen kaschierter Arbeitslosigkeit wurden partiell aufgehoben, so daß jetzt eine offene Arbeitslosigkeit erkennbar wird.

– Vor Beginn des Reformprozesses hatten Staat und Betriebe alle Kosten der sozialen Sicherung für Arbeiter und Angestellte übernommen. Jetzt unternahm man den Versuch, diese Ausgaben durch Einführung von Selbstbeteiligungsmodellen zu vermindern.

*„Markt statt Glasnost“: Das Zurückbleiben der politischen Reform*

Im Gegensatz zur weitgehenden Wirtschaftsreform wurden politische Reformen hinausgezögert. Erst wesentlich später auf die Tagesordnung gesetzt, konzentrierten sich die Reformen in erster Linie auf horizontale und vertikale Machtrennungen.

Veränderungen auf horizontaler Ebene beziehen sich auf die Trennung von Partei und Regierung. Die Kommunistische Partei besteht zwar weiterhin darauf, Kern der Führung zu sein, mischt sich aber im Vergleich mit zurückliegenden Zeiten verhältnismäßig wenig in administrative Angelegenheiten ein. Die Parteisekretäre auf den unterschiedlichen Stufen besitzen zumeist keine unmittelbaren exekutiven Befugnisse mehr. (Hingegen ist die Trennung von Legislative, Exekutive und Justiz allenfalls in rudimentären Ansätzen vorhanden.) Veränderungen in vertikaler Richtung betreffen vor allem die Übertragung von Zuständigkeiten und Kompetenzen von der Zentralregierung auf die Provinzregierungen, die Städte, Kreise und Gemeinden; Reformen, von denen man eine Dynamisierung der politischen Verwaltung erwartet.

Formen des Personenkults wurden im Verlauf der Reformen beseitigt, statt dessen betonte man die Bedeutung kollektiver Führung und innerparteilicher Demokratie. Den Reformen fiel auch das System der „Kaderfunktion auf Lebenszeit“ zum Opfer. Und eine Reihe von Gesetzen widmete sich dem Aufbau bzw. der Stärkung des Rechtssystems.

Zugleich verlangten immer mehr Menschen nach Durchsichtigkeit der politischen Entscheidungsprozesse. Hier sind erste Ansätze zu erkennen. So genießt die Presse mehr Freiheit, die allerdings weiterhin beschränkt ist. Daß einige Zeitungen über die Forderungen der Studenten und die positiven Reaktionen der Bevölkerung berichteten, ist ein – bescheidener – Fortschritt, wenn man bedenkt, daß die letzten Studentenaktionen von den Medien totgeschwiegen wurden.

Seit dem Beginn der Reformpolitik hat China einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Unbestreitbar ist die Steigerung des Lebensstandards. Mit dem freien Markt, der das Monopol des staatlichen Handels gebrochen hat, hat sich auch die Versorgung der Bevölkerung erheblich verbessert. Hochwertige Gebrauchsartikel, Farbfernseher, Stereoanlage, Kühlschrank, sind heute keine Seltenheit mehr. Die politische Situation hat sich gelockert, wenn auch in bescheidenem Umfang. Die Formel „Markt statt Glasnost“ mag daher nicht ganz zutreffen; die Bilanz der Reformpolitik weist aber aus, daß die politischen

## **„Der Abschaum der Viererbande und andere Asoziale“**

### **Brief des ZK der Kommunistischen Partei Chinas vom 5. Juni 1989 (Auszug)**

Seit über einem Monat entfacht eine extreme Minderheit von Leuten mit feindlichen Absichten Unruhen. Seit dem Morgen des 3. Juni haben sich diese Unruhen zu einem schreckenerregenden konterrevolutionären Aufruhr entwickelt. Eine extreme Minderheit von Aufrührern hat Menschen, denen die wahre Situation nicht klar ist, zu Gewalttaten aufgehetzt. Sie haben die Truppen zur Durchsetzung des Ausnahmezustands daran gehindert, ins Stadtgebiet und auf den Tiananmen-Platz vorzudringen und ihre Aufgabe zu erfüllen. Sie haben mehr als 100 Armeefahrzeuge und Busse zerstört oder verbrannt. Sie haben Offiziere und Mannschaften der Volksbefreiungsarmee sowie Angehörige der bewaffneten Polizei beschimpft und verschleppt, Gewehre, Munition und andere Armeeausrüstungen entwendet. Sie haben das Zhongnanhai, den Sitz von Partei und Regierung, die Große Halle des Volkes, das Gebäude des zentralen Rundfunks und Fernsehens, die Sicherheitsorgane und andere wichtige Einrichtungen angegriffen. Sie haben Geschäfte gestürmt und Polizeiposten in Brand gesteckt. Sie haben Dutzende Soldaten der Volksbefreiungsarmee und bewaffnete Polizisten brutal ermordet und sogar deren Leichen an den Geländern der Straßüberführungen aufgehängt. Das Ziel ihres Aufruhrs ist die Verneinung der Führung der Partei und der sozialistischen Ordnung sowie der Sturz der Volksrepublik China. Sie rufen öffentlich dazu auf „Ergreift die Waffen, stürzt die Regierung“. In aller Öffentlichkeit fordern sie „Tötet die 47 Millionen Kommunisten“.

Die Initiatoren und Organisatoren dieses konterrevolutionären Aufruhrs sind eine extreme Minderheit von Leuten, die seit langem hartnäckig an einem Standpunkt der bürgerlichen Liberalisierung festhalten und politische Intrigen schmieden, sich mit feindlichen Kräften in Übersee und im Ausland verbünden und den illegalen Organisationen Geheimnisse aus der Führung der Partei und des Staates ausliefern. Diejenigen, die schlagen, zerstören, plündern und brandschatzen und ähnliche Gewalttaten verüben, sind vor allem aus der Haft Entlassene, bei denen die Umerziehung erfolglos geblieben ist, sind politische Cliquen von Rowdys, sind der Abschaum der Viererbande und andere Asoziale. Zusammenfassend gesagt, es sind Kriminelle mit tiefstehendem Haß auf die kommunistische Partei und die sozialistische Ordnung.

Jedermann weiß, daß die Regierung seit über einem Monat gegenüber der extremen Minderheit, die die Massen verdummt und die Unruhe schürt, von Anfang an Geduld und Zurückhaltung geübt hat. Die extreme Minderheit von Leuten aber meint, daß die Regierung schwach und zu betrügen ist. Sie unternahm willkürliche Aktionen und entfachte schließlich den konterrevolutionären Aufruhr. Angesichts dieser ernstesten Lage haben die Truppen der Volksbefreiungsarmee zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes gezwungenermaßen entschiedene Maßnahmen zur entschlossenen Niederschlagung dieses Aufruhrs ergriffen.

Um die Verletzung von unbeteiligten Personen zu vermeiden, wurden seit dem Nachmittag des 3. Juni fortgesetzt dringende Appelle verbreitet und die Studenten und Einwohner aufgefordert, die Truppen nicht an der Erfüllung ihrer Aufgabe zu hindern. Bei ihrem Vorgehen haben die Soldaten größte Anstrengungen unternommen, Blutvergießen zu vermeiden. Die extreme Minderheit aber hat alles in den Wind geschlagen. Sie richtete heftige Angriffe gegen die Truppen. Unter diesen Umständen gab es Verletzte und Tote. Die meisten waren Soldaten der Volksbefreiungsarmee und der bewaffneten Polizei. Dies hatten wir nicht gewollt. Auf andere Weise aber hätte der Aufruhr nicht niedergeschlagen werden können, hätte es noch mehr und noch größeres Blutvergießen gegeben. Die mit dem Blut von Millionen Märtyrern errungene Volksrepublik wäre gestürzt worden, die Erfolge des sozialistischen Aufbaus und der zehnjährigen Reformen wären mit einem Schlage zunichte gemacht worden und das ganze Land hätte in weißem Terror versinken können. Darum ist die entschiedene Niederschlagung des Aufruhrs eine völlig gerechte Aktion und entspricht den Wünschen und den Grundinteressen der Einwohner der Hauptstadt und des ganzen Volkes. ( . . . )

Reformen im Vergleich zu den Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiet recht spärlich geblieben sind.

*„Schwierigkeiten im Fortschritt“ – Probleme der Reform*

In der Aufbruchstimmung Ende der 70er Jahre war viel erwartet worden. Doch es stellten sich Schwierigkeiten ein, etwa, daß die zusätzlichen Einnahmen des Staates zum großen Teil durch die Bevölkerungsexplosion oder neu entstandene Umweltprobleme aufgezehrt wurden. Unmut und Empörung der Bevölkerung nahmen kontinuierlich zu, bis hin zu einer kritischen Grenze.

Eines der augenfälligsten Probleme ist die Verteilungsungerechtigkeit. Ein diachroner Vergleich belegt zwar die Steigerung des Lebensstandards, hingegen fördert ein synchroner Vergleich beklemmende Ergebnisse zu Tage. Vor ein paar Jahren lautete die Losung: „Laßt einen Teil des Volkes zuerst reich werden. Die werden dann die übrigen Leute bereichern.“ Statt dessen wächst die Kluft zwischen arm und reich. Ein Teil, darunter Einzelhändler und korrupte Funktionäre, ist tatsächlich auffällig schnell zu erstaunlichem Wohlstand gelangt. Arbeiter und Angestellte, wenn sie nicht in Joint venture-Projekten tätig sind, und unbestechliche Beamte sind von der sozialen Entwicklung eher enttäuscht, zumal ihr Lebensstandard aufgrund der sich beschleunigenden Inflation in jüngster Zeit sogar zu sinken droht. Gegenüber den Reformgewinnern fühlen sie sich als Habenichtse, als Opfer willkürlicher Preissteigerungen auf dem freien Markt und der Korruption.

In China, wo Bauernaufstände in der Geschichte immer auch die „Gleichheit des Reichtums“ zum Ziel hatte, sind die immensen Einkommensunterschiede etwas Unerträgliches. Hinzu kommt, daß für die Erreichung eines höheren Lebensniveaus nicht immer Ausbildung und Qualifikation den Ausschlag geben. Besonders augenfällig ist die Benachteiligung der Intellektuellen. „Das Operationsmesser hat weniger Wert als das Friseurmesser“, sagt der Volksmund, keineswegs reine Übertreibung. Ein erstklassiger Ingenieur erhält monatlich höchstens zweihundert Yuan, eine Summe, die ein Einzelhändler oft an einem oder zwei Tagen kassiert. Darüber hinaus existiert eine regionale Disparität zwischen arm und reich, ein Ost-West-Gefälle: in den östlichen Küstenregionen hat sich die Wirtschaft in den vergangenen Jahren rasant entwickelt, während in den westlichen und nördlichen Gebieten nach wie vor die Armut dominiert.

Zu einer Fülle von Klagen der Bevölkerung hat die galoppierende Inflation geführt. Eine Erhebung in 32 Groß- und Mittelstädten zeigt, daß der Index der Lebenshaltungskosten im November 1988 um 30,3% gestiegen ist (VZ, 31. 12. 1988). Zu den staatlich genehmigten Preiserhöhungen kommen „Preiserhöhungen nach Belieben“ auf den freien Markt und „getarnte“ Preissteigerungen, die von einigen Betrieben selbst verfügt wurden. Die Fabrikdirektoren verhalten sich widersprüchlich: als Konsumenten beklagen sie Preiserhöhungen, als Betriebsleiter kritisieren sie die staatliche Preiskontrolle und versu-

chen, sie zu umgehen. Die Geldentwertung ist für jene Schichten, die von Lohnzahlungen leben, ein schwerer Schlag. Die Furcht vor dem Wertverlust von Ersparnissen führt oft zu Panikkäufen, die die Inflation zusätzlich anheizen. Die Lohnerhöhungen halten nicht Schritt mit den dramatischen Preissteigerungen und führen zu einer relativen Verarmung eines Teils der Bevölkerung.

Die Kommunistische Partei bezeichnete die Vernachlässigung der Bildungspolitik als „größten Fehler“ des Reformprozesses. Die Bildungskrise hat heute ihre Inkubationszeit hinter sich und ist zu einer unübersehbaren Tatsache geworden. Die Ausgaben für Bildung und Erziehung sind nach wie vor unzureichend und werden außerdem oft zweckentfremdet. Lehrer werden schlecht bezahlt, sie haben nur „kühlen Wind in den Ärmeln“. Der Vorrang des Erziehungswesens wird zwar verbal anerkannt, doch faktisch hat die Kommerzialisierung zahlreicher Lebensbereiche Bildung und Erziehung an den Rand gedrängt. Ein Studium erscheint vielen Schulabsolventen als unnützlich. Im Süden des Landes, wo die Tendenz „Jeder ein Händler“ am deutlichsten ausgeprägt ist, verbreitet sich die Redensart „Arm ist der Professor, dumm ist der Doktorand“.

Doch keines dieser Probleme kann in seiner Auswirkung auf die Bevölkerung mit der Korruption verglichen werden. Ein Teil der Funktionäre nutzt die Reformen zu persönlichem Gewinnstreben, ein krasser Kontrast zu den rechtschaffenen „Volksdienern“ der 50er Jahre. Eine weitverbreitete Form der Korruption ist das „Guandao“: Funktionäre, die für die Verteilung von Produktionsmaterialien verantwortlich sind, verkaufen die gefragten Rohstoffe, die sie zum niedrigen staatlichen Preis beziehen, auf dem Markt zu frei vereinbarten Preisen.

Die „Lockerung der makroökonomischen Kontrolle“ und die Existenz eines doppelgleisigen Preissystems eröffnet neben dem „Guandao“ zahlreiche weitere Möglichkeiten der individuellen Bereicherung. Hierzu zählt die Eröffnung von privaten Firmen durch Funktionäre, die anschließend – trotz der wiederholten Ermahnung des Staatsrates – aus der doppelten Eigenschaft als offizieller Kader und privater Kaufmann profitieren.

Unmut der Bevölkerung ruft auch die sog. „Freß-Welle“ hervor, die Ausnutzung aller sich bietenden Anlässe durch Funktionäre, auf Staatskosten zu dinieren. Als die Zentralregierung eine Bestimmung erließ, daß solche Bankette nicht mehr als „vier Teller und eine Suppe“ enthalten dürften, wuchsen die Portionen: „Ihr da oben habt Maßnahmen, wir unten haben Gegenmaßnahmen.“ In der Provinz Hubei, einer ärmeren Region innerhalb eines wirtschaftlich prosperierenden Gebietes betragen die Ausgaben für derartige Funktionärsorgie 10% der gesamten Provinzeinkünfte (VZ, 6. 12. 1989).

Doch darin erschöpft sich die Korruption bei weitem nicht. Die kostenlose Nutzung importierter Luxuswagen, der modernen Kadersänfte, der Bau prächtiger

## **„Schützt die Grünflächen der Hauptstadt“**

### **Tagesbefehl des Generalstabs der Volksbefreiungsarmee vom 5. Juni 1989 (Auszüge)**

Liebe Genossen, Offiziere und Soldaten der Volksbefreiungsarmee, der Sicherheitsorgane und der bewaffneten Polizei:

Ihr habt es schwer. Laßt euch zuerst im Namen der ganzen Armee herzlich zu dem großen Sieg im Kampf um die Niederschlagung des in Peking ausgebrochenen konterrevolutionären Aufruhrs, zur Wiederherstellung des würdigen Antlitzes des Tiananmen-Platzes und der normalen Ordnung in der Hauptstadt herzlich gratulieren. Ihr habt für die Verteidigung der Hauptstadt unseres großen Vaterlandes unauslöschliches historisches Verdienst erworben. Die Partei dankt euch, das ganze Volk dankt euch.

Seit einigen Tagen hatte sich die Lage in der Hauptstadt zusehends verschlechtert. Die von einer extremen Minderheit mit feindlichen Absichten geschaffenen Unruhen sind zu einem ersten konterrevolutionären Aufruhr geworden.

Im Bewußtsein der schweren Aufgabe, die euch Partei und Volk übertragen haben, habt ihr entschlossene Maßnahmen ergriffen und den Schlag gegen die Gruppe der konterrevolutionären Auführer geführt, heldenhaft und ohne Angst vor Mühen und Schwierigkeiten, ohne euch vor Blutvergießen und Opfern zu fürchten. Dabei habt ihr euch auf Massen der Pekingr Bürger, auf Jugendliche und Studenten gestützt.

Ihr habt mit eurer aufrechten Haltung und eurem Blut dem Tiananmen-Platz sein würdiges Antlitz wiedergegeben, die Hauptstadt, die von den revolutionären Vorkämpfern geschaffene Volksrepublik, die Früchte der zehnjährigen Reform. Ihr seid eine der Partei und des Volkes würdige große Armee. (. . .)

Wir hoffen, daß ihr die Bewegung „Heiße Liebe zur Hauptstadt, heiße Liebe zu den Bürgern der Hauptstadt, heiße Liebe zur Jugend und den Studenten“ weiterentwickelt, daß ihr die große Masse des Volkes und die Jugend und Studenten fest zusammenschließt, die kleine Handvoll Unruhestifter weitestgehend isoliert und zerschlagt.

Wir hoffen, daß ihr eure Organisation und Disziplin verstärkt, die Befehle strikt ausführt, dem Oberkommando Folge leistet, die drei großen Disziplinen und die „Acht Punkte, die zu beachten sind“ akzeptiert, die Grünflächen und Wälder der Hauptstadt schützt, daß ihr der Hauptstadt und dem Volk des ganzen Landes durch eiserne Ordnung und strenge militärische Disziplin das geistige Antlitz unserer disziplinierten und zivilisierten Armee zeigt. (. . .)

ger Privatwohnungen, gesetzwidriges Einstreichen von Vermittlerprovisionen für die Bewilligung von Projekten – all dies löst große Empörung aus bei jenen, die in der schwieriger werdenden Situation aufgefordert sind, den Gürtel enger zu schnallen. Die gravierende Zunahme korrupter Funktionäre hat den Ruf von Partei und Regierung erschüttert und Zweifel an der Reform hervorgeufen.

Die Verbreitung der Korruption beweist, wie wenig das neu aufgebaute Rechtssystem funktioniert. Ein Prüfbericht zur Tätigkeit der Justiz in 14 Städten und Provinzen hebt vor allem vier Unzulänglichkeiten hervor: „Macht anstelle des Gesetzes, gesetzwidrige Handlungen, keine strenge Vollstrek-

kung der Gesetze und Nichtbestrafung bei Gesetzesübertretungen (VZ, 7. 10. 1988). Die lange feudalistische Tradition des Landes und die dogmatische Periode der Volksrepublik haben ihre Spuren hinterlassen. Die versprochene Rechtsstaatlichkeit läßt auf sich warten.

*„Herr De“ und „Fräulein Sai“: Die Forderung nach Freiheit und Demokratie*

Trotz aller Bemühungen, das Analphabetentum zu beseitigen, leben heute mehr als 220 Millionen Menschen in China, die nicht lesen und schreiben können. Auch vor diesem Hintergrund ist die Selbsteinschätzung der chinesischen Studenten zu sehen, die von sich glauben, mehr Krisen-, Mitwirkungs- und Opferbewußtsein als andere gesellschaftliche Gruppen zu besitzen und die sich in besonderer Weise für die Zukunft des Landes verantwortlich fühlen. In der modernen Geschichte Chinas sind die Studenten immer Avantgarde gesellschaftlicher Umgestaltungen gewesen. Die Universitäten in Peking, besonders die „Baida“, haben in dieser Hinsicht eine lange Tradition, auf die die Studenten sehr stolz sind.

Sicherlich sind die Studenten besorgt über ihre Zukunft. Aber Forderungen nach Erhöhung des Lebensniveaus von Intellektuellen und nach Beseitigung der Mißstände im Bildungswesen standen eindeutig *nicht* im Mittelpunkt des Protests. Die studentischen Forderungen konzentrierten sich auf Freiheit und Demokratie. Schon die Großvätergeneration hatte in der Studentenbewegung vor 70 Jahren nach „Herrn De“ und „Fräulein Sai“ (*democracy* und *science*) gerufen und gegen die feudalistische Ideologie, vor allem den Konfuzianismus, gekämpft. Was verstehen die heutigen Studenten, deren Parole an jene „4. Mai-Bewegung“ erinnert, unter „Demokratie“ und „Freiheit“, inwieweit decken sich die Begriffe mit westlichem Verständnis?

Demokratie und Freiheit sind im alltäglichen Sprachgebrauch in China Begriffe mit vielfältiger Bedeutung. Demokratie bezeichnet vieles: den Arbeitsstil eines Leiters, der Meinungen von Mitarbeitern berücksichtigt, das Verhalten von Lehrern, die nichtautoritäre Unterrichtsformen praktizieren, die Haltung von Familienvätern, die nicht immer das letzte Wort haben wollen, eine Atmosphäre in Kunst und Literatur, bei der verschiedene Richtungen geduldet und nicht als dekadente oder reaktionäre Strömungen verdammt werden; schließlich politische Bedingungen, unter denen Entscheidungen von dem Willen des Volkes getragen werden und die Bürger an der Ausübung der Staatsgewalt durch Vertretungsorgane teilnehmen. In all diesen Fällen spricht man von Demokratie. Auch das Verständnis von Freiheit ist vielfältig: einerseits die Möglichkeit, zwischen Alternativen zu wählen, andererseits der Anspruch, völlig unabhängig zu sein. Sowohl die Unterwerfung unter den allgemeinen Willen in Form von Gesetzen als auch die Ablehnung jeder gesellschaftlichen Macht werden durch den Begriff Freiheit gedeckt.

Man mag darüber spekulieren, wie die demonstrierenden und hungerstreikenden Studenten Demokratie und Freiheit verstehen – fest steht, daß ihre

Anliegen diesmal konkreter als früher sind. Die Funktionäre sollten ihre Wichtigtuerei ablegen, wirklich als „Diener des Volkes“ arbeiten, sich dem Willen des Volkes beugen, schließlich bedeute Demokratie „Minzhu“ (Volksherrschaft). Diejenigen Funktionäre, die nicht mehr den Willen des Volkes repräsentieren und der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes im Wege stehen, sollten von der politischen Bühne abtreten. Hier wirkt die alte Idee des „blauen Himmels“ fort, der in der Literatur, vor allem aber in der Oper immer wieder dargestellte und gerühmte redliche und unbestechliche Beamte Bao Gong aus der Song-Dynastie. Manche sehen in Beamten vom Schlage Bao Gongs einen Hoffnungsschimmer. Überzeugt davon, daß ein Personalwechsel die Sache der Demokratie voranbringen werde, lauteten Parolen auf dem Platz des himmlischen Friedens: „Wo bleibt unser Gorbatschow?“ Andere Teile der Studentenbewegung sehen in der Errichtung einer wirklich unabhängigen Justiz und der Ausformung des Rechtssystems den Schlüssel zu einer Demokratisierung.

Vermutungen, daß es den Studenten um ein Gesellschaftssystem nach westlichem Vorbild gehe, sind abwegig. Die demonstrierenden Studenten sangen die „Internationale“. Was sie wollen, ist nicht der Sturz des sozialistischen Systems, sondern ein Sozialismus demokratischer Prägung, jenseits willkürlicher Alleinherrschaft. In den Diskussionen spielten dabei die von den offiziellen Medien zwar verschwiegenen, aber durch andere Informationsquellen bekannten Veränderungen in den sozialistischen Ländern Osteuropas eine nicht zu unterschätzende Rolle: die Legalisierung der Gewerkschaft „Solidarität“ in Polen, das ungarische Experiment eines Mehrparteiensystems, die Wahlen in der Sowjetunion.

Die Forderung nach Demokratie mag also nicht einheitlich verstanden werden, bei der Forderung nach Freiheit aber gibt es eine breite Übereinstimmung: die Studenten verlangen Meinungs- und Pressefreiheit. Zwar hat auch bei den Zeitungen eine gewisse Öffnung stattgefunden, doch vom Tempo des Fortschritts sind viele enttäuscht. Journalisten, die sich den Demonstranten anschlossen, appellierten an die Partei: „Zwingt uns nicht zu lügen.“ Das offizielle Versprechen, daß „das Volk die wichtigsten Sachen weiß“, soll nicht mehr länger eine hohle Phrase bleiben. In ausreichender und unverfälschter Information sehen die Studenten eine wesentliche Voraussetzung der Demokratisierung, einen wichtigen Schritt, um die Mitwirkung des Volkes an politischen Entscheidungen tatsächlich zu realisieren.

Die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten fanden die Studenten durch ihre Forderung nach Beseitigung der Korruption, die ihnen Sympathien bei Arbeitern, Angestellten und manchen Soldaten eintrug. (Daß die Demonstrationen nach dem Tod am 15. April 1989 des ehemaligen Generalsekretärs der KP China, Hu Yaobang, begannen, der nach den Studentenunruhen von 1986 seinen Posten verlor, scheint kein Zufall zu sein: in ihm sahen die Studenten einen Funktionär, der nicht in die allgemeine Korruption verwickelt war.) „Wir

haben das Herz des Volkes gewonnen“ – dieses Resumée hätten die Studenten niemals ziehen können, wenn sie als die zukünftigen „geistigen Arbeiter“ allein von Freiheit und Demokratie geredet hätten, Begriffe, die der Mehrheit des Volkes immer noch abstrakt und lebensfern erscheinen. Die Korruption aber empört das gesamte Volk. Der aufgestaute Ärger über den „schiefen Wind“ ist ein Pulverfaß. . .

Ein weiterer Grund dafür, daß sich ein Teil der Bevölkerung mit den Studenten solidarisiert, liegt in der von Inflation, Preissteigerungen und der wachsenden Distanz zwischen arm und reich ausgehenden Verunsicherung. Diejenigen, die den versprochenen Wohlstand noch nicht zu erkennen vermögen, die aber das Schwinden von sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit deutlich wahrnehmen, fühlen „Leere an beiden Enden“, entwickeln zum Teil sogar Sehnsüchte nach der Mao-Zeit. Die Studentendemonstrationen bieten die Gelegenheit, Unmut zu artikulieren.

Eine noch unbekannte Größe sind die Bauern. Solange sie sich den Demonstrationen nicht anschließen, bleibt der Protest die Sache der Studenten, der Intellektuellen und der städtischen Bevölkerung, bei weitem keine Bewegung des chinesischen Volkes. Die Bauern haben das Schicksal Chinas in der Vergangenheit immer maßgeblich bestimmt, und dies werden sie vermutlich auch in Zukunft tun.

*„Die Steine tastend, überquert man den Fluß“: Der Reformprozeß darf nicht steckenbleiben*

So unbestreitbar es ist, daß die Studentendemonstrationen mit Problemen und Mißständen, wie sie im Verlauf des Reformprozesses entstanden sind, eng zusammenhängen, so verkehrt wäre es anzunehmen, daß sich der Protest gegen die Reformen richtet. Den Studenten geht es vielmehr darum, die Reformen voranzutreiben, die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung zu lösen und die Umgestaltung des politischen Systems zu beschleunigen, das den Erfordernissen der Gegenwart nicht gerecht werden kann. Daß die Studenten diesmal strenge Selbstdisziplin üben, deutet darauf hin, daß sie nicht die soziale Stabilität zu stören beabsichtigen, die eine unabdingbare Voraussetzung für die ökonomische und politische Weiterentwicklung ist.

Die Jahre der Reform sind eine unruhige Epoche, in der Altes und Neues zusammenstoßen. Die Reform in China bewegt sich mit unsicheren Schritten: „die Steine tastend, überquert man den Fluß“. Der Reformprozeß sieht sich mit mehrfachen Herausforderungen und wachsenden Schwierigkeiten konfrontiert. Aber die Rückkehr ist kein Ausweg, die Reform kann und darf nicht auf halbem Wege stehenbleiben.